

Voten von Christoph Spiess (SD) vom 23. November 2011 zum Beschlussantrag von Jacqueline Badran (SP) "Unternehmenssteuersenkungen rückgängig machen statt Einkommenssteuern erhöhen!"

(Sinngemässe Zusammenfassungen zweier frei gehaltener Voten)

Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Ratsmitglieder

Wir Schweizer Demokraten verstehen die Kritik am Beschlussantrag von Frau Badran insoweit, als eine "Resolution" tatsächlich kein taugliches und gesetzlich vorgesehenes Instrument ist. Gemeint ist wohl eine Behördeninitiative in der Form einer allgemeinen Anregung. In der Sache hat Frau Badran aber recht. Seit Jahren wird beim Kanton – namentlich unter der Führung der SVP – so vorgegangen, dass man über ein Defizit klagt und dieses wegspart, dann aber – kaum ist die Rechnung ausgeglichen – mit Steuersenkungen ein neues Defizit schafft, damit man den Staat noch mehr strangulieren kann. Die Folgen dieser staatsfeindlichen Politik badet in erster Linie das Staatspersonal mit immer neuen Reallohnneinbussen aus. Dass es dem Kanton heute schlecht geht, liegt u.a. daran, dass die Pensionskasse schlecht und zum Teil sogar von Kriminellen verwaltet wurde, gegen die jetzt ein Strafverfahren läuft. Uns als Parlament einer grossen Gemeinde geht das sehr wohl etwas an, denn der Kanton wird sich auch zu sanieren versuchen, indem er Lasten auf die Gemeinden abwälzt. Es ist auch richtig, dass man zuerst die Steuersenkungen bei den Unternehmen rückgängig machen und nicht als Erstes die Steuern für natürliche Personen erhöhen soll. Auch das betrifft die Stadt Zürich ganz direkt. Die Firmen brauchen unsere Infrastruktur genau so wie die natürlichen Personen. Wenn aber die Unternehmen weniger Steuern bezahlen, fliesst das Geld vermehrt in Gewinne, die ausgeschüttet werden. Und diese Gewinne werden nicht mehr bei uns in Zürich versteuert, sondern in Küsnacht, Wollerau oder Hergiswil! Falsch ist schliesslich die Argumentation der FdP, man könne den Unternehmen nicht zuerst die Steuern senken und dann sagen "Ätsch, April, April!". Die natürlichen Personen müssen sich auch gefallen lassen, dass Steuersenkungen zwar vorkommen, aber nicht für ewige Zeiten gelten, sondern in "mageren Jahren" auch mal rückgängig gemacht werden. Wir Schweizer Demokraten stimmen dem Beschlussantrag von Jacqueline Badran aus Überzeugung zu!

(In einem anschliessenden Votum warf SVP-Gemeinderat Roger Liebi den Schweizer Demokraten vor, immer nur "SVP-Schelte" zu betreiben, und bezeichnete sie dabei auch als "nationale Sozialisten". Dies veranlasste Christoph Spiess [SD] zu folgender Replik [sinngemässe Wiedergabe des frei gehaltenen Votums]:)

Herr Präsident
Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen

Das Votum von Herrn Liebi ruft nach einer Antwort. Wir wollen mal annehmen, dass es sich bei der Art, wie er die Schweizer Demokraten bezeichnet hat, um ein sprachliches Missgeschick handelt, und gehen nicht weiter darauf ein. Falsch ist aber auch seine Vorstellung, dass wir "immer SVP-Schelte betreiben" würden. Wenn die SVP etwas Gutes macht, unterstützen wir sie durchaus. Nicht selten ist es aber nötig, ihr den Spiegel vorzuhalten. Uns kommt es "obsi", wenn wir jeden Mittwoch zuschauen müssen, wie die SVP die vielen kleinen Leute verrät, welche sie wählen, weil sie glauben, die SVP sei gegen die Überfremdung. Dabei wählen sie in Tat und Wahrheit eine Partei, die vor allem für niedrige Löhne und hohe Mieten kämpft ... Wir Schweizer Demokraten machen das nicht mit. Wir sind keine Bonsai-Ausgabe der SVP, sondern eine eigenständige nationale Kraft.

Ich kann aber Herrn Liebi schon sagen, was die SVP tun müsste, damit wir bei ihr mitmachen könnten: Fusionieren Sie mit der SP! Dann muss man bei der SVP noch etwas bürgerlichen Millionenspeck wegschneiden und bei der SP mit Helvetinsäure den Multikulti-Fimmel wegätzen. So kommt es gut! Nachher müsste man nur noch ein paar vernünftige Grüne mit in den Topf stecken, etwa Nationalrat Girod, der immerhin schon begriffen hat, dass Überbevölkerung ein Problem ist – und dann machen wir sofort einen "Chöpfler" hindreingeworfen ...

Der Beschlussantrag von Jacqueline Badran (SP, nun Nationalrätin) wurde mit 62 Stimmen (SP, GP, AL, EVP, SD) gegen 58 Stimmen (SVP, FdP, CVP, GLP) angenommen.